

nur mit gesetzmäßigen Mitteln die Macht und die Verantwortung an sich zu nehmen. Wo man ihr aber auf diesem Wege Gesetzmäßigkeit und Gewalt entgegenstellt, da ist sie ebenso entschlossen und bereit, unter Inanspruchnahme der gesetzlich zulässigen Mittel die Gesetzmäßigkeit ihres Handelns sicherzustellen. Dies ist umso notwendiger, als nach den Vorfällen von einem sozialdemokratischen Abgeordneten erklärt wurde, daß nächstmal wieder die SPD-Pistolen mitbringen.

Erklärung der Sozialdemokraten

Berlin, 26. Mai. Die sozialdemokratische Fraktion trat nach der Landtagssitzung zusammen. Nach Schluß der Sitzung wurde folgende Erklärung bekanntgegeben: Die sozialdemokratische Landtagsfraktion verurteilt auf das Schärfste die brutalen Rauheitsszenen, deren Schauspiel heute der preußische Landtag gewesen ist und deren Opfer auch unser völlig unbeteiligter Fraktionssekretär Jürgenssen geworden ist. Die Schuld an den blutigen Zusammenstößen tragen in gleichem Maße die Nationalsozialisten wie die Kommunisten. Die Nationalsozialisten durch planmäßige Provokationen und Bedrohung des kommunistischen Redners, die Kommunisten durch Führung des ersten Schlages. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion protestiert aufs Schärfste gegen die Raufboldmanieren der extremen Parteien und fordert unbedingte Sicherstellung der Freiheit und Gewaltlosigkeit der Verhandlungen der Volksvertretung.

Die Kommunisten erklären

Berlin, 26. Mai. Die kommunistische Fraktion des preußischen Landtages gab eine Erklärung zu den Vorfällen heraus, in der sie ausführt, im Weltkrieg habe der Zentrumsführer Steger geflagt, die gesamte Zentrumsfaktion hätte in ihrer vorausgegangenen Sitzung einmütig ihre stärkste Erregung über das Verhalten der Nationalsozialisten zum Ausdruck gebracht, die die eigentlichen Urheber der Kämpfe seien, indem sie gegen den kommunistischen Redner auf der Tribüne vordrangen, um ihn anzugreifen. Es sei verständlich, wenn die Kommunisten ihnen entgegneten, um ihren Redner zu schützen. Demgegenüber habe im Weltkrieg der sozialdemokratische Vertreter der Kommunisten die Schuld zugeschrieben wollen mit der Behauptung, ein Kommunist hätte zuerst geschlagen, und auch der Jurist gegen den „Fremdenfeind Schulz“ sei nicht von Sozialdemokraten, sondern von Kommunisten gemacht worden. Aber der sozialdemokratische Vertreter habe bestätigen müssen, daß die Nationalsozialisten den Angriff auf den kommunistischen Redner mit dem Ruf: „Haus, holt den Hund unten!“ eingeleitet hätten. Die Erklärung der KPD-Fraktion sagt dann noch, daß die Kommunisten sofortige Wiederaufnahme der Verhandlung vor der Öffentlichkeit verlangt hätten im Interesse ihrer Anträge zugunsten der Erwerbslosen. Das sei aber von Nationalsozialisten und Sozialdemokraten abgelehnt worden.

Die Presse zu den blutigen Zusammenstößen

Berlin, 26. Mai. Die blutigen Zusammenstöße in der gestrigen Landtagssitzung werden von den meisten Blättern lebhaft erörtert. Die „Germania“ spricht von einem schlechten Start für das Preußische Parlament, der „Vorwärts“ von einem vandalischen Att., der mit einer ungeheuren Provokation der Nationalsozialisten begann, wenn auch das kommunistische Verhalten nicht ohne Mitteilung an der Entwicklung gewesen sei. Die Nationalsozialisten hätten es von vornherein auf Provokation angelegt. Die „Röhrliche Zeitung“ sieht die Schuld auf beiden Seiten. Aber es sei klar, daß sich nicht nur eine däufige Schlagerei zugeschlagen habe. Der Schauspiel der Saalschlacht gebe ihr eine eminent politische Bedeutung. — Das „Berliner Tageblatt“ meint, ein Parlament, in dem solche Szenen möglich seien, bringe sich selbst um Ansehen und Existenzberechtigung. Es werde ernsthaft erwogen werden müssen, ob nicht die Parteien, die diese neue Form des Parlamentarismus nicht mitmachen wollten, besser wären, einem jüdischen Landtag fernzubleiben. — Auch der Prozeß von Rauheit und Disziplinlosigkeit, die die Hitler-Partei gestern geliefert habe, sei es fürs erste ganz unsicher geworden, ob der neue Landtag überhaupt seine Funktionen erfüllen könne. — Die „Rote Fahne“ spricht von einer antisozialistischen Aktion. — „Berlin am Morgen“ sagt, die Tätigkeit der Nationalsozialisten im Preußischen Parlament habe zwei Seiten. Die eine Seite sei, daß die Nationalsozialisten ein Teil des Systems geworden seien und die zweite habe man gestern abend erlebt. Die Musterparlamentarier verwandeln sich in eine müst toben, auf Blut dessierte Terror-Meute. — Die „DAZ“ fragt, ob diese Ereignisse den Übergang von dem latenten Zuhand der Straßenüberfälle zum Bürgerkrieg bedeuten. Diese Frage sei zu vernehmen, so wenig die Gefahr verkleinert, der tief bedeutsame Charakter der Vorgänge im Landtag beschönigt werden sollte. Vor allem müsse es möglich werden, die notwendige politische Entwicklung vor Störungen durch solche Ausschreitungen zu schützen. Und die Nationalsozialisten hätten alles Interesse daran, sich nicht in die Atmosphäre der Saalschlachten, über die sie hinaus seien, zurückzurängen zu lassen. — Der „Volksanzeiger“ glaubt, daß die politischen Ausschreitungen nicht zu überwinden seien. Die „Börlenzzeitung“ führt aus, wenn man auch gründlich an der Auflösung festhalten müsse, daß das Parlament kein Ort für förmliche Auseinandersetzungen sei, so müsse man doch andererseits feststellen, daß sich das Verhalten der Nationalsozialisten angesichts des Versagens des Zentrumspolizeipräsidiums und angesichts der unerhörten Herausforderung durchaus begreifen lasse und daß die kommunistischen Provokatoren den verboten Denktitel, den sie erhielten, durchaus verdient hätten.

Nach den Vorgängen im preußischen Landtag

Berlin, 26. Mai. Im preußischen Landtag ging es heute bis in die späten Abendstunden noch recht lebhaft zu. Man besprach lebhaft die Vorgänge im Sitzungssaal und dabei namentlich die Fragen der Schuld und die politischen Folgen. Von der Polizei wird übrigens eine Untersuchung erst eingeleitet werden, falls von sozialdemokratischer Seite ein Strafantrag eingeht, was angesichts der schweren Verleugnung des Abgeordneten Jürgenssen (Soz.) nicht ausgeschlossen ist. Die Sozialdemokraten haben im Weltkrieg ja auch bereits erklärt, daß die Angelegenheit nicht mit einer Erklärung der Beteiligten abgetan sein könne, daß sie an einer Untersuchung kein Interesse hätten.

Zunächst aber hat der einzige Beschuß, zu dem der Weltkrieg gelangen konnte, daß es nämlich mit der nächsten Sitzung der



Japans Truppen rücken gegen die russisch-mandschurische Grenze vor.

Karte der Mandschurischen Republik, die die Japaner — wenn auch verschleiert — annexiert haben und die sie jetzt als Aufmarschgebiet gegen Sowjet-Russland benutzen. Das japanische Hauptquartier wurde bereits vom Süden nach dem nördlicheren Charbin verlegt und die japanischen Truppen sollen sich überall der russischen Grenze nähern.

General Honjo, der japanische Oberkommandierende in der Mandschurei.

Wird Hindenburg unterzeichnen?

Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion an Hindenburg

Berlin, 24. Mai. Die Reichstagsfraktion der DNP hat an den Reichspräsidenten ein Telegramm gesandt, in dem es u. a. heißt: Nachdem unter mißbräuchlicher Anwendung der Geschäftsordnung des Reichstages und entgegen den Vorschriften der Verfassung am 12. Mai ds. J. eine Unterbrechung der Reichstagsberatungen stattgefunden hat, hat die deutsch-nationale Reichstagsfraktion die Einberufung des Reichstages auf Grund des Artikels 24 der Reichsverfassung gefordert. Der Reichspräsident hat die Einberufung des Reichstages abgelehnt. Weite Teile des deutschen Volkes erblicken in dieser Ablehnung, die sich mit der Auffassung des Staatsgerichtshofes in krassem Widerspruch setzt, einen Beweis dafür, daß selbst die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte heute in Deutschland nicht gesichert sind und daß an die Stelle des Rechts heute die Willkür der politischen Mehrheit getreten ist. Die Vertretung des deutschen Volkes ist wiederum auf unabsehbare Zeit rechtswidrig ausgeschaltet und nicht in der Lage, zu den Plänen Stellung zu nehmen, die die Reichsregierung neuerlich verfolgt. Die Mitteilungen über die von der Regierung geplante neue Notverordnung lassen erkennen, daß die Reichsregierung entgegen den wiederholten feierlichen Erklärungen dem deutschen Volke in allen seinen Schichten neue untragbare Lasten auferlegen und damit die Beleidigung des deutschen Volkes weiter in verhängnisvollster Weise herabdrücken will. Auch der Landwirtschaft im Osten drohen nach unserer Kenntnis neue Gefahren durch Pläne der Reichsregierung, die eine große Zahl ostdeutscher Besitzer der Erzeugung ohne Rechtfertigung aussiefern würde. Wir machen in aller Ehrlichkeit darauf aufmerksam, daß solche Pläne, in die Tat umgesetzt, in den breiten Volksmassen die schon vorhandene Verachtung in einem Maße steigern muß, daß sie sich unter Umständen in Formen Luft macht, die kein vaterlandsliebender Deutscher bei der heutigen gespannten Lage wünschen kann. An Sie, hochzuverehrender Herr Reichspräsident, richten wir die eindringliche Bitte, bei dieser Lage der Dinge der Regierung die Verantwortung für beratige Maßnahmen nicht durch Unterzeichnung von Notverordnungen abzunehmen, sondern die Reichsregierung auf den Weg der Beschlussfassung durch die gesetzgebenden Instanzen zu verweisen. Wir erlauben uns, in diesem Zusammenhang auf den Artikel 24 der Reichsverfassung Bezug zu nehmen, der dem Reichs-

präsidenten die Befugnis gibt, von sich aus die Einberufung des Reichstages herbeizuführen.

Die Beamtenchaft und die Pläne der Reichsregierung

Der Geschäftsführende Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat in einer außerordentlichen Sitzung vom 25. Mai zur gegenwärtigen Lage durch folgende Erklärung Stellung genommen:

Der Vorstand billigt die Maßnahmen der Bundesleitung und schließt sich der Auffassung an, daß durch die Freilassung der großen Kreise der Befindenden und durch die Richterbeziehung der Beamten in die Freiheit für die Beschäftigungssteuer von einer allgemeinen, alle Kreise der Bevölkerung treffenden Abgabe keine Rücksicht mehr sein kann. Die Beschäftigungssteuer in der nach den bisherigen Verlaufsvorstellungen in Aussicht genommenen Form würde praktisch in der Hauptsache die Beamten erlassen. Sie würde damit trock ihrer Bezeichnung als Steuer in Wahrheit eine erneute Gehaltskürzung der Beamten darstellen. Mit Rücksicht auf die erst vor kurzer Zeit gegebenen unzweideutigen Erklärungen des Reichskanzlers, des Reichsfinanzministers und der preußischen Staatsregierung, daß kleinere Gehaltskürzungen geplant seien, konnten und mußten die Beamten der Auffassung sein, daß ihnen eine weitere sie besonders treffende Einkommensminderung nicht auferlegt werden würde. Sollte es doch geschehen, so würde nicht wieder gutzumachender Schaden in dem Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Beamtenchaft angerichtet werden. Hinzu kommt, daß durch die Herauslassung des wirtschaftlich schwächsten Teiles der Beamtenchaft aus der Freigrenze der Beschäftigungssteuer der Charakter einer Sonderabgabe gerade für diese Teile der Beamtenchaft stark betont wird. Der Vorstand billigt vor allem den Appell der Bundesleitung an den Herrn Reichspräsidenten, der notwendig wurde, da der Herr Reichskanzler wohl Vertreter anderer Bevölkerungskreise gehörte, die nach der amtlichen Verkündung sogar in der Lage waren, den Entscheidungen des Reichskabinetts „wertvolle Förderung“ zuteilen werden zu lassen, es aber bis dahin unterlassen hatte, auch Vertreter der Beamtenchaft zu empfangen. Diese Übergehung der Beamten mußte mit Recht Empörung hervorrufen und begründet den Appell an den Herrn Reichspräsidenten.

Nachdem der Herr Reichskanzler sich inzwischen grundlegend erklart hat, Vertreter der Beamtenchaft zu empfangen, eracht der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes dringend die Erwartung aus, daß dieser Empfang stattfindet, ehe endgültige Entscheidungen innerhalb der Reichsregierung getroffen werden.

Braun bleibt vorläufig

Berlin, 25. Mai. Bei den politischen Besprechungen über Preußen war in der letzten Zeit wiederholt erklärt worden, Ministerpräsident Braun habe nicht die Absicht, als geschäftsführender Regierungschef weiter zu amtieren. Wie dem Nachrichtenbüro des WDR in parlamentarischen Kreisen erzählt wird, hatte der Ministerpräsident in Konsequenz dieser Auffassung bestimmt, bereits heute seine Amtstätigkeit einzustellen. Die übrigen sozialdemokratischen Minister in der Preußierung, Grümme und Seerling, wären dann diesem Beispiel vermutlich gefolgt, obwohl Seerling von Anfang an anderer Ansicht gewesen sein soll.

Inzwischen hatten jedoch die maßgebenden Parteifunktionen der SPD beschlossen, jede Handlung, auch eine negative, zu unterlassen, die geeignet wäre, den Nationalsozialisten, in denen die SPD-Staatsfeinde erblickt, zur Macht zu verhelfen. Braun wird in der Parteidisziplin fügen und infolge des erwarteten Beschlusses die geschäftsführende Leitung des Kabinetts weiterhin auszuführen.

Weiter betont man in parlamentarischen Kreisen, daß vermutlich der plenarversammlte Donnerstag, der Frontenkonvent, zu Besprechungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum über die Regierungsbildung herangezogen werden. Man sagt, daß das Zentrum wie in Württemberg, so auch in Preußen nicht gewillt sein dürfte, den Nationalsozialisten die bedeutendsten sozialen Machtmittel, vor allem die Polizei, in die Hand zu geben.

Daraus ergibt sich, daß die Regierungsbildung zwischen Nationalsozialisten und Zentrum nur dann möglich ist, wenn die Nationalsozialisten dem Zentrum die Position des Ministerpräsidenten und des Innensenators zugestehen würden. Ob es zu einer solchen Vereinbarung kommt, sei abzuwarten.

Komme keine Einigung zustande, dann dürfte die Entscheidung im Herbst fallen.